



Foto: Marica Witt – CC-BY-SA-4.0 – Wikimedia.org

Radikal für die Umwelt

Was motiviert Menschen zu kollektiven Protesten? Und welche Faktoren führen dazu, dass sie zu radikalen, nicht normativen Mitteln greifen, um sich für ihre Überzeugungen starkzumachen? Diese Fragen beleuchtet Pia Koch, Mitglied der Studierenden im BDP (BDP-S), in ihrem Beitrag.

Sie legen den Verkehr auf Autobahnen lahm, seilen sich von Brücken ab, ketten sich an Bäume, blockieren Braunkohletagebaue: Aktivistinnen und Aktivisten sind laut für das Klima. Freitags gehen Tausende junge Menschen auf die Straße, um für eine klimagerechte Zu-

kunft zu kämpfen. Ihre Methoden sind unterschiedlich, die Botschaft der Umweltorganisationen aber ist gleich: Die von der Regierung verabschiedeten Maßnahmen und Gesetze reichen nicht aus, um den Klimawandel zu stoppen. Sie fordern mehr: Die Einhaltung der Ziele

des Pariser Klimaabkommens und des 1,5-Grad-Ziels, den Stopp der Kohleverbrennung, einen strukturellen Systemwandel. Sie zweifeln an der von der Politik avisierten Energiewende. Sie fühlen sich von der Politik alleine gelassen, misstrauen ihr. Sie sind traurig, fassungslos, wütend.

Nach dem Motto »Gemeinsam ist man stärker« schließen sich Menschen Umweltbewegungen an. Sie handeln kollektiv, wollen das gemeinsame Ziel, den Klimaschutz vorantreiben. Diese Handlungen können unterschiedliche Formen annehmen, welche wiederum vielfältig auf die Gesellschaft und Politik einwirken. Ganz grundlegend ist jedoch die Frage: Was motiviert Individuen, an kollektiven Handlungen – radikal oder friedlich – im Sinne des Klimaschutzes teilzunehmen?

Ungerechtigkeit, Wirksamkeit und Identität

Jede Aktion, die die Interessen der eigenen Gruppe fördert oder in politischer Solidarität durchgeführt wird, wird als kollektives Handeln klassifiziert (Becker, 2012). Kollektives Handeln ist also eine Form politischen Protests. Aber wie kommt es zu kollektiven Handlungen?

Um die Entstehung kollektiver Proteste zu erklären, integriert das »Social Identity Model of Collective Action« (SIMCA) von van Zomeren, Postmes und Spears (2008) drei dominante sozialpsychologische Perspektiven: Ungerechtigkeit, Wirksamkeit und Identität.

»Wir sind auf dem besten Wege, das 1,5-Grad-Ziel krachend zu verfehlen, und wir haben keine Zeit, wieder bis zum Jahresende zu hoffen, um dann mit einer Anmaßung von Klimapakete gezeigt zu bekommen, wie wenig Wert dieser Planet für die Politik scheinbar hat« (Fridays for Future, 2019). Dieses Zitat ist nur ein Beispiel, das zeigt, wie die Umweltbewegung »Fridays for Future« die Politik aufgrund der fehlenden Priorisierung der Klimakrise anprangert. Empörung, Ärger und Wut sind typische Gefühle, die durch eine erlebte oder gefühlte Ungerechtigkeit hervorgerufen werden. Sie sind besonders wichtig bei der Mobilisierung für Proteste (vgl. Theorie der relativen Deprivation von Runciman, 1966; Walker & Smith, 2002).

Ungerechtigkeit ist eine nötige Voraussetzung für kollektives Handeln, führt aber nicht automatisch zu Handlungen. Hier kommt die wahrgenommene Wirksamkeit kollektiver Aktionen ins Spiel (Gamson, 1992). Kollektive Wirksamkeit entspricht dem Ausmaß, in dem die Gruppe als fähig wahrgenommen wird, die gewünschte Veränderung herbeizuführen (Bandura, 2000). Eine hohe wahrgenommene Wirksamkeit erhöht die Bereitschaft, an kollektiven Protesten teilzunehmen (van Zomeren, Spears, Fischer & Leach, 2004).

Die dritte Variable – Identifizierung mit der benachteiligten Gruppe – führt neben Mobilisierung auch zur Aufrechterhaltung der Solidarität sowie zur Stärkung der Verbundenheit mit der Gruppe (Drury & Reicher, 2000; Reicher, 1996; Tajfel & Turner, 1979). Alle drei Variablen

– Ungerechtigkeit, Wirksamkeit und Identifizierung – haben einen kausalen Effekt auf kollektives Handeln (van Zomeren et al., 2008).

Wut versus Verachtung

Kollektives Handeln im Kontext von Protesten kann viele Formen annehmen: vom Unterschreiben einer Petition und friedvollen Demonstrationen über Aktionen zivilen Ungehorsams bis hin zu radikaleren Formen wie Sabotage, Gewalt und Terrorismus. Dabei können normative Aktionen von nicht normativen unterschieden werden (Wright, Taylor & Moghaddam, 1990). Wenn sich Menschen versammeln, um friedlich für mehr Klimaschutz zu demonstrieren, stimmt das mit den Normen unseres sozialen Systems überein. Wenn Hunderte Menschen einen Braunkohletagebau blockieren, handelt es sich um eine nicht normative, radikale Aktion. Die (impliziten) Regeln unseres Zusammenlebens werden verletzt. Die Unterstützung von und die Beteiligung an diesen unterschiedlichen Formen kollektiven Handelns hängen von zwei Faktoren ab: der emotionalen Reaktion auf wahrgenommene Ungerechtigkeit und der Effektivität der kollektiven Maßnahmen (Tausch et al., 2011).

Die treibende Kraft normativer, friedvoller Proteste ist Wut (Averill, 1983; Fischer & Roseman, 2007). Sie treibt Tausende junge Menschen freitags auf die Straße, um für eine klimagerechte Politik zu demonstrieren. Wut ist konstruktiv: Das Fehlverhalten der Politik soll korrigiert werden, während langfristig positive soziale Beziehungen beibehalten werden. Auf eine kurzzeitige Angriffsreaktion soll langfristig Versöhnung folgen (Fischer & Roseman, 2007).

Handlungen, die Regeln des existierenden sozialen Systems verletzen, werden als nicht normativ klassifiziert. Diese radikalen, nicht normativen Proteste entstehen durch Verachtung (Averill, 1983; Fischer & Roseman, 2007). Während Wut aktionsorientiert ist, ist Verachtung eine globale Emotion (Bell, 2013), die hervorgerufen wird, wenn das verwerfliche Verhalten als stabil und unkontrollierbar erscheint (Fischer & Roseman, 2007). Die wahrgenommene Unkontrollierbarkeit motiviert das Loslösen vom Objekt der Verachtung. Weniger Respekt und Rücksicht sind die Folge (Haidt, 2003). Wenn Ungerechtigkeit oder Bedrohung wahrgenommen werden, kann Verachtung zu besonders feindseligen, terroristischen Reaktionen führen (Fischer & Roseman, 2007).

Ist eine Person sich sicher, dass die eigene Gruppe die Fähigkeit hat, den gewünschten sozialen Wandel zu bewirken, steigt die Bereitschaft, an friedlichen Protesten teilzunehmen. Aber was passiert, wenn sich die Gruppe gegen die Ungerechtigkeit machtlos fühlt? Wenn sie keinen direkten politischen Einfluss nehmen kann? Wird die Wirksamkeit kollektiver Proteste als gering eingeschätzt, nehmen Personen eher an radikalen kollektiven Aktionen teil (Tausch et al., 2011). Ziel dieser radikalen Proteste ist es, die öffentliche Meinung zu beeinflussen (Hornsey et al., 2006) oder extreme Gegenmaßnahmen zu provozieren, die die gegenwärtige politische Situ-



Foto: privat

Pia Koch studiert Psychologie im Bachelor an der Universität Trier. Sie setzt sich nebenbei als Sprecherin der Grünen Jugend Trier-Saarburg für eine (klima-)gerechte Zukunft ein.

E piakoch@icloud.com

ation destabilisieren und dadurch langfristig die Erreichung des angestrebten Ziels erleichtern würden (Louis & Taylor, 2002; Sedgwick, 2004).

Das Dilemma ...

Gesellschaftlicher Wandel wird maßgeblich von sozialen Bewegungen beeinflusst (Gamson, 1975; Mazumder, 2018). Gerade deshalb ist es wichtig, die Folgen der unterschiedlichen Protestformen zu kennen, um gesellschaftlichen und politischen Wandel effektiv zu erreichen.

Je extremer ein Protest, desto mehr mediale Aufmerksamkeit erhält er. Das Bewusstsein für die Bewegung und deren Ziel wächst. Besonders vor dem Hintergrund, dass soziale Bewegungen Nachteile beim Wettbewerb um die öffentliche Aufmerksamkeit haben, spielen die Protestform und deren Radikalität eine wichtige Rolle (Gamson, 1975; Myers & Caniglia, 2004; Oliver & Myers, 1999; Sobieraj, 2010). Biggs und Andrews (2015) zeigten außerdem, dass extreme Protestaktionen ein wirksames Mittel zur direkten Druckausübung auf Organisationen oder Institutionen sind.

Von den Gründen, weshalb Personen soziale Bewegungen befürworten – wahrgenommene Ungerechtigkeit, Wirksamkeit der Gruppe und geteilte soziale Identität –, sind die sozialen Identitätsprozesse besonders wichtig. Eine geteilte soziale Identität beeinflusst nicht nur die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit und Wirksamkeit der Bewegung, sondern führt auch zur direkten Mobilisierung der Person (van Zomeren et al., 2008). Um also Unterstützung zu erhalten, sollten Protestbewegungen dafür sorgen, dass sich Beobachterinnen und Beobachter mit ihnen identifizieren können (Klandermans, 2002). Wenn jedoch Protestaktionen so extrem sind, dass sie als unmoralisch angesehen werden, sinkt die emotionale Verbindung mit der Bewegung. Die Beobachterinnen und Beobachter können sich nicht mehr mit ihnen identifizieren. Folglich sinken die Unterstützung sowie die Bereitschaft, an der Bewegung teilzunehmen (Feinberg, Kovacheff & Willer, 2020).

... und seine Überwindung

Radikale Protestaktionen bringen Vorteile mit sich, vermindern aber gleichzeitig die Unterstützung der Bevölkerung für die Bewegung und deren Anliegen. Was bringt es, Druck auf Institutionen auszuüben, wenn dadurch die allgemeine Anerkennung der sozialen Be-

wegung verloren geht? Die bisherige Forschung zu kollektivem Handeln zeigt, dass der Erfolg der Bewegung grundlegend von der Überwindung dieses Dilemmas abhängt. Dabei ist der Kontext, der zu den extremen Protesten geführt hat, ausschlaggebend.

Man kann davon ausgehen, dass radikale Proteste die Unterstützung der Bewegung sogar erhöhen, wenn der Umgang des sozialen Systems mit dem Problem als hoch unmoralisch angesehen wird (vgl. Thomas & Louis, 2014). Eine Möglichkeit, dies zu tun, könnten Proteste sein, die das Fehlverhalten der Institutionen und der Politik hervorheben. Solche Aktionen könnten die Aufmerksamkeit effektiv auf die sozialen Ungerechtigkeiten lenken, die von der Politik begangen werden (Feinberg, Kovacheff & Willer, 2020).

Die Chance für die Klimabewegung?

Die Klimakrise ist eine der größten, wenn nicht sogar die größte Krise der Gegenwart. Kein Wunder, dass sie den politischen Diskurs maßgeblich mitbestimmt. 2015 unterzeichneten 190 Staaten – darunter Deutschland – die rechtsverbindliche Klimaschutzvereinbarung auf der Pariser Klimakonferenz. Doch die von der Politik verabschiedeten Maßnahmen und Gesetze reichen nicht aus, um dem Pariser Abkommen gerecht zu werden. Sie sind nicht radikal genug.

Viele Menschen sind von den unzureichenden Handlungen frustriert, fühlen sich nicht beachtet. Sie gehen auf die Straße, demonstrieren für die sofortige Abschaltung der Kohlekraftwerke, seilen sich von Brücken ab. Aktivistinnen und Aktivisten nutzen rechtliche Grauzonen, manche überschreiten diese. Ziviler Ungehorsam ist fester Bestandteil der Protestkultur.

Während Politikerinnen und Politiker des rechten Spektrums von »Öko-Extremismus« sprechen (AfD Hessen, 2020), sehen die Aktivistinnen und Aktivisten selbst radikale Proteste als Notwendigkeit an, um das Klima zu retten. Es liegt weiter an der Umweltbewegung, auf die Verfehlungen der Politik aufmerksam zu machen und möglichst viel Zuspruch zu gewinnen, um letztendlich sozialen und politischen Wandel hin zu effektivem Klimaschutz zu erreichen. Die Forschung zeigt: Es ist möglich.

Pia Koch